

Pöfener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. F. Mikri & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in Leserbüch bei Ph. Matthies.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Dabe & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 434.

Donnerstag, 24. Juni.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgezeichnete Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Bertin, 23. Juni. Der König hat geruht: dem Senats-Präsidenten Schmidt bei dem Ober-Landesgericht in Celle den Charakter als Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range der Räte zweiter Klasse, sowie den Kreis-Bauinspektoren: Arend zu Stolp i. Pom., von den Brüd zu Deutz, Moritz zu Wiesbaden, Staudinger zu Kofel, von den Brüd zu Gadersleben und Freund zu Altona, sowie dem Bauinspektor Gustav Steinbrück zu Berlin den Charakter als Baurath zu verleihen.

Der Notar Dumont in Grumbach ist in den Amtsgerichtsbezirk Poppard, in den Landgerichtsbezirk Koblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Poppard, und der Notar Nießen in Duldorf in den Amtsgerichtsbezirk Rheindorf, im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, mit Anweisung eines Wohnsitzes in Rheinbahlen veretzt worden.

Vom Pandtage.

82. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Bertin, 23. Juni. Am Ministertische: Kultusminister v. Puttkamer, Finanzminister Bitter, Justizminister Dr. Friedberg, Geheime Räte Dr. Hübler, von Zastrow, Ministerial-Direktor Lucanus.

Die Fortsetzung der zweiten Berathung der kirchenpolitischen Novelle beginnt heute mit Artikel 9, nach welchem die Befolgung sämmtlicher in den Maigesetzen angedrohten Strafen dem Antrag des Oberpräsidenten anbeimgestellt werden soll.

Die Kommission acceptirte in zweiter Lesung mit 11 gegen 10 Stimmen folgende Fassung: „Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874 unterliegt das Spenden der Sacramente und das Lesen der Messe Seitens gesetzmäßig angestellten Geistlichen nicht.“

Die freiconservativen Abg. Stengel und Gen. beantragen Art. 9 zu streichen und dafür zu setzen:

„Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874 unterliegt das Spenden der Sacramente Seitens gesetzmäßig angestellter Geistlichen nicht.“

Abg. Dr. Windthorst will dem Art. 9 folgende Fassung geben: „Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. und 21. Mai 1873, 20. und 21. Mai 1874 und 22. April 1875 unterliegt das Spenden der Sacramente und das Lesen der Messe nicht.“

Dagegen beantragen die Abg. v. Bandemer u. Gen. folgenden Wortlaut für Art. 9:

„Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874 unterliegen geistliche Amtshandlungen nicht, welche von gesetzmäßig angestellten Geistlichen in erledigten Pfarreien vorgenommen werden, ohne dabei die Absicht zu bezwecken, dort ein geistliches Amt zu übernehmen.“

„Die mit der Stellvertretung oder Hülfsleistung in einem geistlichen Amte gesetzmäßig beauftragten Geistlichen gelten auch nach Erlegung dieses Amtes als gesetzmäßig angestellte Geistliche im Sinne der Bestimmung in Absatz 1.“

In dem letzteren Antrag schlagen die Abgeordneten Stengel und Genossen folgende eventuelle Verbesserungen vor:

1. Vor dem Worte „geistliche“ einzuschreiben: „einzelne“.
2. Den Schlusssatz des 1. Alinea von „welche von gesetzmäßig“ an folgt zu fassen:

„welche von gesetzmäßig angestellten Geistlichen in erledigten Pfarreien unter Umständen vorgenommen werden, welche die Annahme der Absicht ausschließen, dort ein geistliches Amt zu übernehmen.“

Abg. v. Stableski: Wenn man den jetzigen schmachtvollen Zustand der katholischen Kirche betrachtet, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß man nicht im 19. Jahrhundert sondern zu den Zeiten der Königin Elisabeth lebe. Die Geschichte wird aber die richten, welche jene Strafbestimmungen für die Spendung der Sacramente durch nicht gesetzmäßig katholische Geistliche in den Maigesetzen zu Stande gebracht haben und jetzt nicht die Hand zur Wiederaufhebung derselben bieten. Selbst in katholischen Richtern, welche mit der Handhabung dieser Strafbestimmungen betraut wurden, haben dieselben einen Konflikt ihrer staatlichen Pflicht mit ihrem Gewissen hervorgerufen.

Diesen Zustand will der Antrag Windthorst beseitigen. Die Anträge Bandemer zeigen allerdings den guten Willen, aber sie sind theoretisch bloß eine Declaration der bestehenden Gesetzgebung. Der Oberpräsident waltet ja nicht nach einer gewissen Schablone; es giebt Fälle, wo der erste Pfarrer 6 Meilen von einem Sterbenden entfernt wohnt; es giebt auch fränke, schwache Pfarrer, die kaum in ihrem eigenen Sprengel ihres Amtes zu walten im Stande sind. Es ist leider richtig, was der Abg. Stöcker in seiner neulichen Rede sagte, daß es nämlich in Berlin mehr umgetaufte katholische Kinder gebe, als evangelische; und zwar gehören jene katholischen Kinder zum größten Theile armen polnischen Eltern an. Diese Thatsache ist nur erklärlich, einmal auf die 33,000 Polen, welche es in Berlin giebt, nur ein Geistlicher kommt, welcher der polnischen Sprache mächtig ist. Die Strafbestimmungen der Maigesetze sind um so verwerflicher, als in diesem Gesetze selber uns gegenüber ein eklatanter Vertragsbruch begangen worden ist. (Lärm rechts.) Ja, ich wiederhole es, ein Vertragsbruch! Die katholische Kirche ist in Polen nicht als Bettlerin, sondern als Fürstin eingezogen. Die Selbstständigkeit, die freie Religionsübung der katholischen Kirche ist in Preußen durch Friedrich den Großen und auch später feierlich anerkannt worden. König Friedrich Wilhelm IV. hat diese Verträge bei seinem königlichen Wort ausdrücklich bestätigt. Ich bitte die Regierung, sich diese Verträge anzueignen und sie nicht als werthloses bedrucktes Papier zu behandeln.

Abg. Freiber v. Hammerstein: Artikel 9 bildet allerdings in der That den Brennpunkt des ganzen Gesetzes; hier handelt es sich nicht um die größere oder geringere Zweckmäßigkeit von Gesetzen, sondern um eine Frage von eminent kirchlicher Bedeutung. Ich bin der Ansicht, daß es angemessen ist, geistliche Amtshandlungen überhaupt mit Strafe zu bedrohen, und mich bestärkt in dieser Ansicht der freiconservative Antrag, der uns zumutet, über den größeren oder geringeren Werth der Sacramente für die einzelnen Katholiken eine Entscheidung zu treffen. Solche Zumuthung legt doch den Wunsch nahe, rein geistliche Amtshandlungen dem staatlichen Bereich ganz zu ziehen! (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Der Staat be-

straft seine eigenen Unterthanen, bloß um eine Pression auf die Kirche auszuüben; er stellt die Kirchendiener vor eine Frage, die sie nur durch das apostolische Wort beantworten können: Man muß Gott mehr gehorchen, denn den Menschen! (Sehr richtig, rechts.) In diesem Kampfe unterliegt der Staat allemal. (Sehr wahr! rechts. Zustimmung im Centrum.)

Abg. Dr. Windthorst: Zu meiner großen Befriedigung hat der Vorredner sich auf den höchsten Standpunkt gestellt, von dem aus diese hochwichtige Angelegenheit behandelt werden muß. Er zieht aber die Konsequenzen seiner Sätze nicht, weil er in den Verstrickungen der Maigesetze noch zu sehr befangen ist. Mein Antrag enthält nur eine Forderung, die jeder zivilisirte Staat gewähren muß, die der freien Bewegung des Gewissens. Ich habe ihn auch gestellt, um zu zeigen, wie weit man im Staate Friedrichs des Großen gekommen ist. Der Abg. Birchow wird nicht daran zweifeln können, daß wir uns bei diesem Standpunkte befinden. Es handelt sich ja um das Heil der Menschheit, um die Vorbereitung auf die Ewigkeit. Diese Handlungen, welche im Amte des Priesters liegen, belegen die Maigesetze mit Strafen. Der Abg. Gneist hat gesagt, daß, wenn man diese Handlungen nicht bestrafe, man keine Mittel besäße, die Gesetze durchzuführen. Da frage ich den verehrten Abgeordneten denn doch: heilig denn der Zweck die Mittel? Dr. Gneist setzt sich in die Gefahr, der Jesuitenmoral zu folgen. (Heiterkeit.) Ich konstatire vor dem deutschen Volk und vor Europa (Heiterkeit), ja vor der ganzen Welt (erneute Heiterkeit), daß die preussische Regierung kein Bedenken trägt, das Spenden der Sacramente und das Lesen der Messe zu bestrafen und daß nach ihrer Meinung, wenn man dies unbefristet ließe, der Staat Gefahr liefe. Alle Christen, sowohl Katholiken als Protestanten, schicken alljährlich Missionäre hinaus, um den Heiden das Evangelium zu predigen, und diese werden dann und wann in den fremden Erdtheilen mit Strafen, wohl auch mit der Todesstrafe belegt. Nichts desto weniger hält man fest an dem Prinzip der äußeren Mission. In Preußen hat man nun diese Strafen nicht hin und wieder verhängt (Heiterkeit), sondern dieselben in ein System gebracht. Meine Herren, mir gefallen die Heiden besser. (Heiterkeit.) Sie behalten das Mittel zur Unterdrückung in Händen, und es scheint ja ein Postulat zu sein, diese Unterdrückung, obgleich Sie noch nie haben nachweisen können, was denn die Kirche dem Staate eigentlich gethan hat. Deutlichen wir ja nur eine bescheidene Bitte an Sie. Täglich können Sie sehen, wie alle möglichen Sekten ihren Gottesdienst frei ausüben, und uns wollen sie dies nicht gestatten? Die Nationalliberalen haben es in der „Nationalzeitung“ ausdrücklich ausgesprochen, daß man ganz gut einige Zeit ohne Messe leben könne, und in ähnlichem Sinne hat sich Herr v. Cynner in der „Kölnischen Zeitung“ vernehmen lassen. Aber, meine Herren, wir bedürfen dringend der Sacramente, um uns zu stärken in der Pflichterfüllung gegen einen Staat, der uns so behandelt, wie der preussische Staat die Heiden behandelt. (Lärm rechts.)

Aus der Rede des Herrn v. Engel muß ich auch Vieles, was mich an die größte Schärfe des Kulturkampfes erinnerte, zurückweisen, nichtsdestoweniger hat die Rede einen angenehmen Eindruck auf mich gemacht. (Heiterkeit.) Es klang heraus, daß er angefangen hat, sich näher mit der Sache zu beschäftigen (Heiterkeit) und zu sagen, daß es nicht so weiter gehen kann. Es läßt sich auch nach meiner Meinung ein Ausweg aus dem Dilemma finden, wenn man, sobald sich ein Geistlicher auf staatlichem Gebiete versündigt, seine Thätigkeit auf die ihm Gebiete einschränkt oder ganz untersagt, aber nicht darf ein Uebergriff auf das kirchliche Gebiet stattfinden. Vorläufig sind wir indes soweit noch lang nicht, sondern die Regierung will die ganze Rüstkammer des Kulturkampfes beibehalten und beim Ober-Präsidenten auf Lager legen, bei der nächsten Gelegenheit sich geeignete Waffen aus derselben zu holen. Es ist unmöglich, daß eine kirchliche Kirche so unter die diskretionäre Gewalt des Staates gestellt werde, eines Staates, der in seinen Personen wechselt und der die Handhabe dieser Rüstung einzig seinen Beamten überlassen will, die nach ihren natürlichen Verschiedenheiten Gebrauch davon machen können. Der Antrag Bandemer scheint an einer Stelle gemessen zu sein, wo man in materiellem Sinne zu denken gewohnt ist. (Heiterkeit.) In meinem Antrag ist das Geringste zum Ausdruck gebracht, was wir verlangen müssen. Erwidern Sie den Katholiken die Ausübung ihrer Pflichten gegen den Staat nicht durch Befragung dieses Minimums, das ich von Ihnen nicht als ein Recht, sondern als eine Gnade fordere. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister von Puttkamer: Ich habe zunächst ein Wort auf die Aeußerungen des Herrn v. Stableski zu erwidern. Ich distancire sehr ungern mit unseren polnischen Landsleuten in diesem Hause, namentlich wenn sie Gefühle anrufen, die ich zwar nicht theile, die mir aber durch die ehrwürdigen Traditionen, an welche sie anknüpfen, achtungswerth sind. Die Provinz Posen steht ganz genau unter denselben Gesetzen, wie der übrige preussische Staat, und wenn der Herr Abgeordnete sich auf Verträge und Besitzergreifungs-Patente beruft, um eine Sonderstellung zu beanspruchen, so behaupte ich, daß alle diese Verträge z. z. für stillschweigenden Voraussetzungen haben, daß die Betroffenen sich den Gesetzen des Landes unterwerfen. (Widerspruch im Centrum und bei den Polen.) Wenn die Herren sich als integrierende Glieder der preussischen Monarchie, unersetzbar und unabänderliche Glieder fühlen wollten, dann würden sie auf allen Gebieten das gewünschte Maß von Entgegenkommen der Regierung finden; so lange das nicht der Fall ist, bedarf die Regierung großer Vorsicht ihnen gegenüber. Ich bemerke ferner im Allgemeinen, daß ich nicht bei jedem Artikel unsere kirchenpolitische Gesetzgebung zu verteidigen mich beufen fühle. Diese Frage liegt für mich außerhalb der Diskussion, die Maigesetzgebung ist Landesgesetz, und wir haben sie zu respektiren, hier haben wir es nur mit den Widerungsmitteln zu thun. Die Regierung ist zu dem Vorichlag des Art. 9 aus einem theoretischen und aus einem praktischen Gesichtspunkt gelangt. Die Gesetzgebung hat diejenigen Gesichtspunkte, deren der Staat zur Feststellung seiner Rechte der Kirche gegenüber zu bedürfen glaubte, mit einer Reihe von Schutzwehren umgeben. Das sehr ausgiebige System hat dafür gesorgt, daß alle durch die Gesetze verlangten Handlungen erzwingen und alle Verbotswidertretungen unter Kriminalstrafen fallen. Nur die letztere Kategorie interessiert uns hier. Die Regierung hat sich auch gesagt, daß das ganze System sich sehr weit vom Begriffe des gemeinen Strafrechts entfernt, so wird es zulässig, ja sogar wünschenswerth und richtig sein, die Zwangsmittel auch unter einem andern als dem strafrechtlichen Gesichtspunkte zu stellen, nämlich die ganze Handhabung dieses Theils der Gesetzgebung in einen politischen Gesichtspunkt zu erheben. Indessen hat die Regierung bei dem einmüthigen Widerspruch des Hauses und der Kommission diesen Gedanken fallen lassen. Das einzige Amendement, mit dem ich mich befunden kann,

ist das des Herrn von Bandemer. Wenn Herr Windthorst vorhin sagte, es scheine in einer Region redigirt zu sein, wo maigesetliche Lüste wehten, so lag das auf der flachen Sand, denn wenn Sie die Verfügung des Kultusminister vom 17. April vergleichen, so werden Sie wörtlich das finden, was selbst durch den Antrag Bandemer legislativen Inhalt erhalten soll. Und ich kann nicht leugnen, daß es mich mit Genugthuung erfüllt, wenn ich sehe, daß die ausfallgebenden Parteien sich mit diesem Gedanken, dessen eigentlicher Vater ich bin, befreunden. Als ich am 7. Februar hier im Hause die ersten Reime dieses Planes zu entwickeln mir erlaubte, fiel ein Theil der liberalen Presse mit einem Angrimm darüber her, als wenn ich damit schon dicht bei der Ministeranklage angekommen wäre. Der Antrag von Bandemer ist also wesentlich deklaratorisch, enthält aber doch eine Lücke. Er spricht nur von erledigten Pfarreien. Ich darf wohl an den Fall erinnern, an welchen sich die ganze Entwicklung angeknüpft hat. Die bekannte Pfarrei Bronke in Posen war nicht erledigt, sondern nur ihr Inhaber durch Geisteskrankheit verhindert, sie zu versehen. Ich bitte also wenigstens in dritter Lesung durch einen entsprechenden Zusatz ihre wohlwollende Absicht vollständig zu erfüllen. Auch das zweite Alinea ist sehr wesentlich. Noch heute laboriren wir namentlich im Rheinlande und Hessen-Nassau an einer Anzahl von Fällen, wo Vikare, welche das Pfarrent nach dem Tode des Inhabers weiter führen zu können glaubten, in die größten Unannehmlichkeiten gerathen, ohne daß man male fides auf ihrer Seite annehmen konnte. Der Antrag Stengel will durch einige Einschaltungen den Anträgen Bandemer eine Einschränkung angebeihen lassen. Wenn Sie aber geben wollen, so geben sie voll und ganz, ziehen Sie Wohlthaten nicht wieder halb zurück, und verlausuliren Sie die Sache nicht gar zu sehr. (Bravo! rechts.) Der Antrag Windthorst öffnet einer vollständigen Beseitigung der Maigesetze Thür und Thor; danach soll jedem Geistlichen, ob angestellt oder nicht, an jeder Pfarrei, mag sie besetzt oder unbesetzt sein, Sacramente zu spenden und Messen zu lesen gestattet sein. Darin liegt die völlige Umgehung der Anzeigepflicht, und wenn Herr Windthorst die für unannehmbar erklärt, warum gesteht dann die Kurie sie in Konfordaten toto die anderen Staaten zu? Die katholischen Bischöfe haben in den vierziger Jahren gar kein Bedenken getragen, die Anzeigepflicht anzuerkennen. Es leben beispielsweise in der Erzdiözese Münster noch heute viele Pfarrer, die vermöge einer Kollationsurkunde angestellt sind, in der es heißt: „annuente summo praesidente provinciae“. Selbst bei interimistischen Pfarrentverweisungen hat sich dies als selbstverständlich herausgestellt. Unter dem 30. April 1847 hat der Oberpräsident der Rheinprovinz an das General-Bisariat in Münster geschrieben: „Er. zc. eruche ich, mir von jeder Anstellung, auch eines interimistischen Verwalters Mittheilung zu machen.“ Darauf erging umgehend folgende Antwort: „Er. p. p. beehre ich mich zu erwidern, daß ich nicht ermahnen werde, in Zukunft von jeder Anordnung eines interimistischen Verwalters gebührende Mittheilung zu machen. (Ges. Melchers.) (Hört, hört, links.) Ich bemerke, daß dies nicht der frühere Erzbischof von Köln, sondern dessen Oheim ist. — Ich bitte Sie, aus allen diesen Gründen den Antrag Bandemer anzunehmen. Er ist des Fleißes der Edlen werth, und wenn wir nichts weiter zu Stande gebracht hätten, als diesen Antrag, so würden wir uns schon ein hohes Verdienst um die geistliche Noth der katholischen Bevölkerung erworben haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Winkingerode: Das Schicksal der Vorlage läßt sich auch heute noch nicht übersehen, wir begleiten sie indessen mit unseren besten Hoffnungen. Alles das, was mir von jener Seite (zum Centrum) gehört haben, bestätigt nur die Annahme, daß mit dem Augenblick, wo der kleine Finger erhoben wird, wo ein Entgegenkommen gezeigt wird, die Anforderungen höher gepannt werden, um sagen zu können: Ihr gebt uns nicht, was wir brauchen, Ihr gebt uns Steine statt Brot. Sie werden nirgends den Ausdruck finden: die Spendung der Sacramente ist verboten. Der Schwerpunkt der Bestimmungen liegt darin: Die Spendung ist unter den und den Umständen seitens nicht ordnungsmäßig angestellter Geistlichen untersagt. Ja, das ist ein Unterschied, den Sie nicht zu sehen vorgeben, den Sie aber selbst machen müssen. Es scheint Ihnen nicht praktisch, das katholische Volk, Ihre Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß keineswegs ein Eingriff in die Religion vorliegt, sondern daß nur von Seiten des Staats gewisse Anforderungen aufgestellt werden, und das Nichtbefolgen derselben unter Strafe gestellt wird. Heute hat Herr Abg. Windthorst allerdings einen Ton angeschlagen, dessen Friedfertigkeit am Schlusse man anerkennen muß. Aber gegenüber einer derartigen Insinuation, die Sie gestern dem Minister entgegengeleuderten, muß doch daran erinnert werden, daß Sie in der Kommission immer sagten: Wir stehen hier Mann gegen Mann, wir sind acht Millionen Katholiken! Wenn man irgendwo einen Appell an die Gewalt sehen will, so liegt er in jenen Worten. (Oh! im Centrum.) Was den Antrag Stengel zu Art. 9 betrifft, so war derselbe in der Kommission am Platze. Unser Bestreben ist nicht von „maßgebenden Winken“ eingegeben, sondern vom besten Willen, die Sache zu fördern. Heute, da wir sehen, daß mit dem Antrage Stengel eine Majorität sich nicht erreichen ließe, ziehen wir denselben unbedingt zurück. Ein Gleiches kann ich indeß bezüglich des Unter-Antrages Stengel zum Amendement Bandemer nicht thun. Dieser wichtige Unterantrag enthält eine verbesserte Fassung, welche die Handhabung des Gesetzes dem Richter erleichtert. Auch der Herr Minister irrt sich wohl, wenn er die Bedeutung und Wirkung des Unterantrages in einer anderen Gestaltung der Beweislast sieht. Das Wort „einzelne“ in unserem Amendement halte ich für entbehrlich. An das Centrum richte ich die dringende Bitte: Beharren Sie nicht auf der Negative gegenüber einem Gesetz, das Sie für eine Verbesserung der Maigesetze anerkennen müssen! Wir halten es für eine sittliche Pflicht, Ihnen entgegenzukommen, sobald der Staat nicht dadurch geschädigt wird, denn wir sind nicht Vertreter einzelner Richter, sondern des ganzen Volkes: daran wolle sich auch die Centrumpartei erinnern! (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Asst: Ich muß zuerst wieder den Satz aufstellen, solch der Religion Freiheit gegeben werden oder nicht, da namentlich solch Aeußerungen, wie die des Grafen Winkingerode den Standpunkt leicht verdunkeln können. Er hat uns nur zum Schluß ein Entgegenkommen gezeigt. Die Partei des Herrn aber hat in den letzten Jahren kein besonderes Interesse für unsere Sache gezeigt, deshalb stoßen sie auch vorläufig noch auf einiges Mißtrauen bei uns, und etwas Unwahres ist uns noch nicht gesagt worden, wie von dem Vorredner, daß die Centrumpartei Alles thue, um eine Ausöhnung zu hindern. Die Sacramente, sagt Graf Winkingerode, sollten ja nicht behindert werden, sie sollten nur nicht von nicht angestellten Geistlichen ausgeheilt werden. Ja, m. H., da liegt der Hase im Pfeffer, denn

dann ist die Spendung überhaupt verboten oder behindert. Herr v. Puttkamer hat dem Abg. v. Stablewski gesagt, er befrage nur immer die traurige Lage seiner Provinz. Ja, jeder von uns muß doch die Interessen seiner Provinz vertreten und dieselben verteidigen, wir wissen ja recht gut, daß auch andere Provinzen betroffen sind. Aber gerade den Polen sind die Patente vom Staate auf die alten Gesetze gegeben, und gerade sie können sich also beklagen, wenn man diese ihnen patentierten Gesetze abändert. (Sehr richtig im Zentrum und bei den Polen.) Die Vorlage verlegt den alten Grundsat: Jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich. Sie vergleichen uns mit den Sektirern, warum denn nicht auch mit den Samoanern? (Gelächter.) — Wir leben nicht nach dem Grundsatz: Lustig gelebt und selig gestorben, sondern jedes Sakrament ist eine Vorbereitung auf den Tod. Das Zurückgreifen auf frühere Fälle in Bezug auf Erfüllung der Anzeigepflicht ist falsch, da diese Fälle nicht unter den Waigelesen vorgekommen sind. Wenn sich heute der Oberpräsident ebenso höflich an den Bischof wendete, wie im Jahre 1845, so würde man mehr Entgegenkommen finden. Auch die odenburgische Regierung hat sich in genügender Weise mit der Kurie bei ähnlichen Fällen auseinandergesetzt. Die Geistlichen sind kaum im Stande, den Verpflichtungen in ihren eigenen Gemeinden nachzukommen, geschweige daß sie noch meilenweit abliegenden verarmten Gemeinden zu Hülfe kommen könnten. Wenn nun der arme Landmann am Sonntag nicht ein Mal das Vergnügen haben soll, sich nach angestrengter Arbeit durch einen Gottesdienst zu erquickern und zu neuer schwerer Arbeit vorzubereiten und zu stärken. Da muß ja eine außerordentliche Erbitterung Platz greifen in jenen Kreisen. Aber glauben Sie mir, wir hoffen auf den allmächtigen Gott, der uns seinen Beistand nicht veragen wird, und wenn die Leiden noch so groß sind, wir würden uns niemals entschließen können, nach Rom die Bitte zu richten, uns dadurch zu helfen, daß den Rechten der Kirche irgend etwas vergeben wird.

Abg. Dr. O n e i s t: Ich weiß nicht, warum der Abg. Windthorst wiederholt mir die unverdiente Ehre einer Urheberschaft der Waigelesen beilegt. Ich bin nicht mehr als eine Art Taufzeuge dabei gewesen, der einigermaßen zuverlässige Auskunft über Sinn und Entstehung geben kann. Der Hauptzweck des Gesetzes vom 11. Mai war zu verhindern, daß Ausländer und bestrafte Personen, die durch tatsächliches Verhalten den öffentlichen Frieden gefährden, in Pfarrämtern unseres Landes angestellt würden. Wollte das Gesetz dieses altgeübte Recht des Staates herstellen oder vielmehr aufrecht erhalten, so bedurfte es der wirklichen Ausführung. Bis dahin hatten wir den Verwaltungszwang des Staates durch Haft, Geldbußen, körperlichen Zwang, Ermittlung und dgl. gehandhabt; bei der besonderen Lage der Kirchengesetze schien es wünschenswerth die Verwaltungsbefugnisse nicht ferner zu handhaben. In dem Kirchenstreit von 1837—1839 hat Preußen nicht erstauliche Wahrnehmungen von dem Verständnis der Nation für Verwaltungswangsmassregeln gemacht, man zog es daher vor, gesetzliche Strafandrohungen zu machen und den Gerichten die Anwendung zu übertragen, ganz so wie es in den siebenziger Jahren auf anderen Gebieten geschehen ist. Damals haben der Abg. Mallinckrodt und Andere das heutige Amendement Windthorst auf das Lebhafteste vertreten, wenn auch nicht mit so maßlosen Argumenten wie der erste heutige Redner. Damals wurde gesagt: die Einmischung des Staates möge sich auf die Amtsanstellung beschränken, nicht aber auf das Sakramentependen und Messelosen, denn das seien nicht Amtshandlungen, sondern von der Person des clericus untrennbare Funktionen. Damals hat die Staatsregierung und die Kommission geantwortet: diese Zumuthung läuft einfach darauf hinaus, das Gesetz zurückzunehmen, denn wenn dem Staat kein Einspruch dagegen zusteht, daß dem Ausländer, dem Bestrafte die Fakultät beilegt wird, Pfarrstellen zu lesen, die Sakramente der Beichte und des Abendmahls, Tauf- und Sterbesakramente zu handhaben, so ist ein solches Gesetz vollkommen unwirksam, illusorisch, ja sogar der direkten Verhöhnung preisgegeben. Es kann nicht die Rede davon sein, Staatsgesetze, die ernstlich gemeint sind, in dieser Weise verhöhnen zu lassen. Und die damals ausgesprochene Besorgnis ist sofort zur Wirklichkeit geworden. Unter dem Namen der Ausübung der Sakramente und des Messelosen hat man die wider das Gesetz berufenen Geistlichen vor den Gemeinden in Thätigkeit treten lassen. Auch den Staaten, die einen Verwaltungszwang beibehalten haben, ist es nie eingefallen, sich sagen zu lassen, wir dürfen den Verwaltungszwang zur Entfernung eines widergesetzlich aufgedrungenen Geistlichen niemals üben, wenn sich der Geistliche gerade bei Messelosen und dem Sakramentependen befindet. Denn dadurch würde sich das Gesetz selbst illusorisch machen. Schon damals ist von der Regierung und der Kommission wohl erwogen worden, daß ja in der That auch ein persönliches Bedürfnis obwalten könne, Sterbesakramente, auch andere dringliche Pfarramtshandlungen vornehmen zu lassen, für die ein wirkliches bona fide Bedürfnis im einzelnen Fall vorliegt. Schon damals kam zur Sprache, eine Abhilfe sei in dieser Beziehung insofern leicht, als der Bischof der Diözese ja dem benachbarten Pfarrer ein für alle Mal den Auftrag geben kann, dringende Amtshandlungen dieser Art vorzunehmen. Es kam das sogar durch eine einfache Generalverfügung geschehen und einem wirklichen Nothstand, der aus den Waigelesen entstehen kann, mit ein paar Federstrichen abgeholfen werden. Man kam nun zu der ferneren Erwägung in der Kommission, wie soll man im Gesetz ausdrücken, wir wollen nicht die bona fide Erfüllung geistlicher Handlungen hindern, wo ein Bedürfnis vorhanden ist, wir wollen aber nicht so weit gehen, unter diesem Vorbehalte, unsere Landesgesetze verhöhnen zu lassen und daraus ist der Passus hervorgegangen, welcher, wie Sie versichert sein können, niemals den getreuen Pfarreingeweihten verlesen worden ist. Es ist damals, weil wir keine bessere Fassung finden konnten, ausdrücklich gesagt worden: „Mit Gefahr im Verzuge, so kann eine Stellvertretung oder Hilfsleistung einsetzt werden.“ Ja, meine Herren, versuchen Sie einmal einer künstlichen, ingenieus angelegten, systematischen Agitation der Kirche gegenüber durch einen Ausbruch die Grenze zu ziehen, wo ein bona fide vorhandenes Bedürfnis sich scheidet von einer wohl überlegten Verhöhnung und vollständigen Umgehung und Unwirksammachung eines Landesgesetzes! Es ist das ungeheuer schmerz. In der hier gegebenen Fassung sind für außerordentliche dringende Fälle der Stellvertretung und Hilfsleistung auch Personen einbezogen, die unterschieden gesetzlich gar nicht fähig sind; dieser Nothfall ist auch für Ausländer zulässig, für Personen, die sonst gar keine Berechtigung haben, er ist auch für bestrafte Personen zulässig, vorbehaltlich des Einspruchs. Erfolgt hinterher dieser Einspruch, so wird die Mißbilligung des Staates natürlich erfolgen und ein energisches Einschreiten gegen den Versuch einer solchen unfähigen Person, in eine solche Pfarre einzudringen. Diese Fassung deckt zwar nicht Alles, aber das, was die damalige Kommission und die Staatsregierung gewollt hat. Sie hat die Umgehung der Staatsgesetze in fradem legis hindern und die Befriedigung eines wirklich vorhandenen bona fide Bedürfnisses offen lassen wollen. Wäre damals ein Amendement vorgelegt worden wie das des Abg. Stengel, so würde ich nicht das geringste Bedenken gehabt haben, es fortreter zu finden, als die damals von uns angenommene Fassung. Kommt nun zur Abwehr wirklich erheblicher Mißverständnisse bei den Gerichten das Amendement, so würde ich auch heute so wenig Bedenken haben, als damals, es in dieser vorrichtigen Fassung zu deklarieren. Die Gerichte haben nicht richtig entschieden, wenn sie bisher anders entschieden haben. Sie haben übersehen, daß Verwaltungsgebiete nur nach ihrem Zweck und nicht wie gewöhnliche Gesetze nach dem Buchstaben interpretirt werden dürfen. Wenn wir solche Declaration abgeben, die nur den selbstverständlichen Sinn der Waigelesen erläutert, so machen uns die weitergehenden Fassungen nach den inzwischen gemachten Erfahrungen ängstlich. Es kann doch auch von jener Seite etwas geschehen. Die einfachste Maßregel des Bischofs oder Bisthumsverweisers genügt, jede Stunde mehr zu thun zur Abhilfe der wirklichen Noth der Gemeinden, als diese künstlich abgeirrteten Amendements. Ich bitte Sie daher, es

uns nicht zu verargen, wenn wir zunächst auf nichts weiter eingehen als auf eine vorrichtige Declaration dessen, was wir als den selbstverständlichen Sinn des Gesetzes erkennen und auch dem anderen Theil überlassen wollen, etwas weiter zu gehen, auf die Gefahr hin, daß dies etwas weiter zur Umgehung der Gesetze führt.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag Windthorst gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt, desgleichen das Amendement Brühl-Windthorst zum Antrage Vandamer gegen dieselbe Minorität, dagegen das Amendement Kropatschek mit großer Majorität angenommen; der Unterantrag Stengel durch Zentrum, Rechte und einen Theil der Nationalliberalen, der Unterantrag Windthorst gegen das Zentrum abgelehnt.

Das Resultat der Abstimmung ist schließlich die Annahme des Art. 9 in der von Vandamer beantragten Fassung mit dem Zusatz Kropatschek. Dafür stimmen die Konservativen, die Freikonservativen und der größte Theil der Nationalliberalen.

Es folgt die Berathung des vom Abgeordneten Brühl beantragten Art. 9a.: „Auf eine Veräußerung der Absolution im Reichstuble leidet die Strafbestimmung im § 5 des Gesetzes vom 13. Mai 1873 keine Anwendung.“

Auch wird die Verkündung einer Verhängung gesetzlich zulässiger Strafen und Zuchtmittel innerhalb der Kirchengebäude gestattet, unbeschadet jedoch der Vorschrift in § 4 Abs. 3 des gedachten Gesetzes.“

Abg. Brühl: Es handelt sich hier wieder um eine rein kirchliche, tief innerliche Handlung, in welche die profane Hand des Staates nicht ohne großes Aergerniß eingreifen kann. Das Gesetz vom 13. Mai 1873 giebt aber zu solchen Eingriffen den Vorwand, indem man die Verweigerung der Absolution als ein verbotenes Zucht- und Strafmittel aufweist. Die Regierung hat in den Verhandlungen mit Rom eine Abänderung der Bestimmungen in dem von mir beantragten Sinn für diskutabel erklärt, also die Nothwendigkeit der Remedur anerkannt. In der Kommission erklärte der Minister, daß es sich hier nur um die Verweigerung eines kirchlichen Gnademittels und nicht um ein Zuchtmittel handle. Der Abg. O n e i s t widersprach dort aber meinem Antrage, weil er meinte, die Verweigerung der Absolution könnte generell und öffentlich demonstrativ zu politischen Zwecken erfolgen. Allen Katholiken wird eine solche Auffassung lächerlich sein. Der Abg. O n e i s t meinte ferner, in einzelnen Fällen könne die Verweigerung doch den Charakter eines Strafmittels haben, so daß man sie der richterlichen Kognition nicht ganz entziehen dürfe. Dann muß aber der Richter im einzelnen Falle prüfen, ob es sich wirklich nicht bloß um die Entziehung eines Gnademittels handle, d. h. der Richter wird als Oberbeichtvater über den Beichtvater gesetzt. Auch würde dabei der Grundsatz verlegt: audiatur et altera pars. Denn der Geistliche darf nicht sprechen. Der zweite Theil meines Antrages ist besonders auch wesentlich für die evangelische Kirche. Es liegt gar kein Grund vor, die Verkündung von Zucht- und Strafmitteln innerhalb der Gemeinde zu verbieten. Der Standpunkt der Regierung, theoretisch das Fehlerhafte der bisherigen Gesetzgebung anzuerkennen und doch nicht sofort Abhilfe einzutreten zu lassen, ist mir unbegreiflich. Konnte man nicht helfen, so wäre die richtige Politik gewesen zu schweigen. Von dem Abgeordneten Hammerstein und seinen Freunden erwarte ich, daß sie hier eine Ausnahme machen und für meine Anträge stimmen, da sie ja rein geistliche Handlungen des Gesetzes des Staates ganz entziehen wollen.

Ministerialdirektor Lucasius: Ich muß anerkennen, daß die Anwendung der Strafe des § 5 auf die Verweigerung der Absolution durch die Rechtsprechung zu Bedenken Veranlassung gegeben hat; deshalb hat auch die Vorlage im Artikel 9 dem Oberpräsidenten in dieser Beziehung den Antrag vorbehalten wollen. Trotzdem der Artikel 9 nicht angenommen ist, bin ich doch nicht in der Lage, mich für den Antrag Brühl auszusprechen; denn es handelt sich nur um ganz einzelne Fälle, ein dringendes Bedürfnis liegt nicht vor und kann auch ein einzelner Fall wohl ohne gerichtliche Entscheidung beseitigt werden. Zur Zeit liegt Veranlassung zur organischen Revision der Waigelesen noch nicht vor.

Abg. Windthorst: Das Bedürfnis war so dringend, daß man dem Oberpräsidenten Vollmachten geben wollte; nachdem dieser Artikel abgelehnt ist, das Bedürfnis kein dringendes mehr! Ich weiß übrigens nicht, wie die Regierung bei anhängender Sache noch einen Richterspruch ausschließen will.

Abg. v. Hammerstein erklärt, für den ersten Satz des Antrages Brühl stimmen zu wollen.

Bei der Abstimmung stimmen für den ersten Satz des Antrages Brühl das Zentrum, die Polen, ein Theil der Konservativen und die Abgeordneten O n e i s t und Jacoby, derselbe wird abgelehnt, ebenso der zweite Satz.

Die weitere Berathung wird um 3½ Uhr bis Donnerstag 11 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außerdem noch die Berathung der beiden aus dem Herrenhause zurückgekommenen Verwaltungsgesetze.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Güstrów**, 23. Juni. [Wollmarkt.] Die Zufuhren betragen beinahe 13,000 Zentner. Der Markt war bei zahlreichem Besuch sehr lebhaft und um 10 Uhr Vormittags bis auf etwa 10 Pfenne geräumt. Die Wäscheln sind vorzüglich, die Preise durchschnittlich 3 bis 9 M. höher als im vorigen Jahre.

** **Brüssel**, 22. Juni. [Neue Gesellschaft.] Heute hat sich hier die „Compagnie générale des chemins de fer secondaires“ mit einem Kapitale von 7½ Millionen Frs. konstituiert. Das Konsortium besteht aus den Firmen Gebr. Sulzbach, dem Frankfurter Bankverein, der Zentralbank von Antwerpen, Philippson, Hornig u. Co. und anderen Häusern.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 23. Juni. Das 50jährige Jubiläum des kommandirenden Generals des 6. Armeekorps, Generals der Kavallerie v. Tümping, ist heute hier selbst in vielen Kreisen festlich begangen worden. Von Sr. Majestät dem Kaiser erhielt der Jubilar den Stern und das Kreuz der Großkomthure des Hausordens von Hohenzollern mit der Zahl 50. Eine städtische Deputation überreichte dem General einen Ehrenbürgerbrief der Stadt Breslau.

Kassel, 23. Juni. In dem Agnatenprozeß hat heute das Oberlandesgericht gegen den Prinzen Wilhelm von Hessen entschieden. In den Urtheilsgründen wird ausgeführt, daß das Fideikommiß und der Hauschat kein Privateigentum, sondern ein publizistisch gebundenes Eigentum sei, über welches zu verfügen nicht dem Zivilrichter, sondern der politischen Behörde im eminentesten Sinne, also dem Könige von Preußen zustehe. Als Vertreter der Krone fungirte der Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Weigel.

Gen, 23. Juni. Se. Majestät der Kaiser wohnte gestern der Vorstellung im Theater bei. Heute früh setzte Se. Majestät die Kur fort und nahm später die Vorträge des Hofmarschalls, von Wilnowski, entgegen. Heute Mittag trifft Ihre Majestät die Kaiserin zu einem kurzen Besuche aus Koblenz hier ein.

Wien, 23. Juni. Die „Polit. Korresp.“ konstatiert gegen-

über gegentheiligen Behauptungen der „Semaine financière“, daß das österreichische Defizit des Jahres 1880 durch den Erlös aus dem Verfaufe von Goldrente bis auf 1,400,000 Fl. gedeckt sei. Auch dieser geringe Betrag dürfte mit Rücksicht auf ein günstiges Ergebnis der Ernte und durch die Abänderung der Rübenzuckersteuer gedeckt erscheinen.

Kopenhagen, 23. Juni. Der Deputirte des Folkethings, Bille, ehemaliger Redakteur des „Dagbladet“, ist zum dänischen Ministerresidenten in Washington ernannt worden.

Christiania, 23. Juni. Der Storthing wurde heute ohne Thronrede geschlossen.

Paris, 22. Juni. Im Senate brachte der Justizminister die Amnestievorlage ein; dieselbe wird den Bureauz überwiesen werden. Der Senat nahm den ersten Artikel des Antrages auf Aufhebung des Instituts der Feldprediger an.

Die Deputirtenkammer berieht den Gesetzentwurf betreffend die Handelsmarine. Die Sitzung verlief ohne jeden Zwischenfall. — Die Einnahmen an indirekten Steuern haben in der ersten Hälfte des Juni gegenüber dem Budgetvoranschlag einen Mehrbetrag von über 18 Millionen Frs. ergeben.

London, 22. Juni. [Unterhaus.] Wolff zeigte an, daß er demnächst eine Resolution betreffend die Finanzen der Türkei beantragen werde. Auf eine Anfrage Manners erklärte der Premier Gladstone, 24 von den 64 Artikeln des Berliner Vertrages seien noch ganz oder theilweise unerfüllt. Es sei der Wunsch der Regierung, alle Bedingungen vollkommen erfüllt zu sehen. Es bestehe indessen ein Unterschied zwischen denjenigen Bedingungen des Vertrages, welche von der Aktion der Türkei nicht abhängen und denjenigen, welche die Türkei hauptsächlich betreffen, weil sie sich auf den Frieden und die Sicherheit der Distrikte und die Erlangung von Bürgschaften für das Leben und Eigenthum der Bewohner derselben beziehen. Die Regierung werde, wenn sich Gelegenheit dazu biete, nicht verfehlen, Schritte für die Ausführung des gesammten Vertrages zu thun. — Unterstaatssekretär Dilke erwiderte Samuelson, die Pforte habe die Vorlegung der Uebersetzung des Reglements für die Provinzen verzögert. Die auf gestern anberaumt gewesene zweite Sitzung der ostrumelischen Kommission sei von den türkischen Kommissären auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die übrigen Kommissäre hätten energischen Protest gegen die fortwährenden Verzögerungen erhoben. — Bei der hierauf fortgesetzten Debatte über den Antrag Labuchere, Bradlaugh gegen die Erklärung an Eidesstatt zu den Verhandlungen zuzulassen, betonte der Premier Gladstone, die Regierung habe nur die Aufgabe, einen Rath zu ertheilen, überlasse aber den Beschluß dem Hause. Der Atheismus habe mit der vorliegenden Frage nichts zu schaffen. Gladstone warf den Mitgliedern der Oppositionspartei Parteilichkeit vor.

London, 23. Juni. [Unterhaus.] Der Deputirte Bradlaugh stellte sich heute zur Eidesleistung ein. Der Sprecher theilte demselben den Gehern von dem Hause in Betreff seiner gefassten Beschlüsse mit und forderte ihn auf, sich zurückzuziehen. Nachdem Bradlaugh dieser Aufforderung nachgegeben war, wurde der Antrag, Bradlaugh zu gestatten, vor der Barre eine Ansprache an das Haus zu halten, gestellt und genehmigt. Bradlaugh erschien hierauf und wendete sich gegen den gefassten Beschlusse, welchen er als eine illegale Beeinträchtigung seiner Rechte bezeichnete. Das Haus beharrte indeß bei dem gefassten Beschlusse. Als Bradlaugh hierauf den Eid leisten wollte, verweigerte ihm der Sprecher den Zutritt. Bradlaugh verweigerte zweimal den Gehorsam, worauf von Northcote der Antrag gestellt wurde, daß der Sprecher den Beschluß des Hauses erzwingen. Dieser Antrag wurde mit 326 gegen 38 Stimmen angenommen und Bradlaugh sodann von dem Quisier gewaltsam entfernt. Als Bradlaugh nichtsdestoweniger wieder zurückkehrte und von Neuem wiederholt den Gehorsam verweigerte, beantragte Northcote, daß Bradlaugh wegen Ungehorsam in den Gewahrsam der Quisiers gegeben werde. Dieser Antrag wurde nach zweistündiger Debatte mit 274 gegen 7 Stimmen angenommen und Bradlaugh in den Gewahrsam abgeführt. Gladstone war, obwohl er den gefassten Beschlusse des Hauses bekämpfte, für den Antrag Northcote's eingetreten.

Southampton, 23. Juni. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Nedar“ ist hier eingetroffen.

Petersburg, 23. Juni. Durch kaiserlichen Befehl ist die Zahl der im Jahre 1880 zur Komplettirung des Heeres und der Flotte einzubereitenden Mannschaften auf 235,000 festgesetzt worden. — Ein zweiter Ukas betreffend die Einführung der Institution der Friedensrichter in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland verfügt, daß diese Institution daselbst im Laufe des ersten Halbjahres 1881 ins Leben treten soll. — Der Großfürst-Thronfolger hat sich gestern mit Gemahlin und Kindern nach Hapfal begeben.

Washington, 23. Juni. Die mexikanische Regierung hat auf die bezügliche Forderung des Staatssekretärs des auswärtigen, Coarts, erklärt, daß sie es den amerikanischen Truppen nicht gestatte, indische Marodeure auf mexikanischem Gebiet zu verfolgen.

Versailles, 24. Juni. Die gesammte hiesige Staatsanwaltschaft demissionirte, um nicht die Märzdekrete (gegen die Jesuiten) in Anwendung bringen zu müssen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Interaktionen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinnliste der 3. Klasse 162. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 23. Juni. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

30	87	120	217	53	64	329	70	446	586	617	19	48	54	717
37	870	89	930	(150)	62	68	74	88	1047	(150)	98	115	55	290

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Juni. Wind: N.W. Wetter: Nach Gewitter schön. Weizen per 1000 Kilo loco 210-240 M. nach Qualität gefordert...

0/1: 27,00-26,00 Mark, per Juni 27,05 bis 27,90 M. bez., per Juni = Juli 26,70-26,90-26,80 M. bez., per Juli-August 25,40...

Bromberg, 23. Juni 1880. [Bericht der Handelstammer.] Weizen: unverändert, hellbunt 210-215, hochbunt u. glattig 215-222...

Gafer: fest, loco 165-170 M. Spiritus: pro 100 Liter à 100 pCt. 61-61,50 M. Rubelcouren: 217 Mark. Stettin, 23. Juni. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt...

Berlin, 23. Juni. Das gestrige Nachgeschäft hatte recht matt geschlossen und die Course der leitenden Papiere noch weiter herabgedrückt...

ebenso geringfügig erschienen die Umsätze. Die Spekulation war stark mit der Regulierung beschäftigt. Kreditaktien setzten etwa 2 M. unter der gestrigen Notiz um 2 Uhr ein.

Anlagenwerke blieben still und ziemlich fest. Die zweite Stunde verließ im Anschluss an eine stark steigende Tendenz der ungarischen Goldrente sehr fest...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23. Juni 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with 2 columns: Bond/Share Name and Price/Value. Includes entries like Staats-Anleihe, Preussische Anleihe, and various bank bonds.

Table with 2 columns: Bond/Share Name and Price/Value. Includes entries like Romm. G.-B. I. 120 5, Romm. III. rz. 100 5, and Pr. V.-G.-B. rz. 13. 5.

Table with 2 columns: Bond/Share Name and Price/Value. Includes entries like Amerik. rz. 1881 6, Amerik. do. 1885 6, and Normweg. Anleihe 4 1/2.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table with 2 columns: Bank/Credit Name and Price/Value. Includes entries like Babiische Bank, Bayer. Bank, and various regional banks.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table with 2 columns: Railway Name and Price/Value. Includes entries like Aachen-Maastricht, Altona-Kiel, and various regional railroads.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Railway Name and Price/Value. Includes entries like Aachen-Maastricht, Altona-Kiel, and various regional railroads.

Ausländische Fonds.

Table with 2 columns: Foreign Bond Name and Price/Value. Includes entries like Mexikan. Anleihe, Portug. Anleihe, and various international bonds.

Deutsche Fonds.

Table with 2 columns: German Bond Name and Price/Value. Includes entries like R.-A. v. 55 à 100 Th., Gess. Pr. 40 Th., and various domestic bonds.

*) Wechsel-Course.

Table with 2 columns: Exchange Name and Price/Value. Includes entries like Amsterd. 100 fl. 8 T., London 1 Str. 8 T., and various exchange rates.

Industrie-Aktien.

Table with 2 columns: Industry Name and Price/Value. Includes entries like Brauerei Pilsener, Danneberg, and various industrial stocks.

Ausländische Prioritäten.

Table with 2 columns: Foreign Priority Name and Price/Value. Includes entries like Altona-Kiel, Berlin-Dresden, and various international priority bonds.

Eisenbahn-Stampfprioritäten.

Table with 2 columns: Railway Name and Price/Value. Includes entries like Altona-Kiel, Berlin-Dresden, and various railway priority bonds.

Ausländische Prioritäten.

Table with 2 columns: Foreign Priority Name and Price/Value. Includes entries like Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, and various international priority bonds.